

THINK TANK UPDATE

JANUAR 2007

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Themen - Irak	1-2
Ausmaße - Welle?	2
Go West Dems!	3
Republican Dixieland	3
Dean: "Rumsfeldian Failure"?	3
On Gaps	4-5
Revenge	6
Fazit	6-7

U.S. Midterm Elections Retrospective

Am 7. November des Vorjahres erhielten die Republikaner die politische Quittung für den umstrittenen Irakkrieg, für die Abkehr von ihren selbst erklärten konservativen Idealen und für ihre aggressive, der radikalen Partei-basis geschuldete Politik der Spaltung der Nation. Mit der Wahl repräsentiert nun eine Demokratische Mehrheit in beiden Abgeordneten-häusern eine vor kurzem noch als lang-fristig unwichtig betrachtete politische Mitte

der Gesellschaft. Diese Gruppe moderater, unabhängiger Wähler, die sich keiner der beiden Parteien zuordnen, hat an Größe und Bedeutung stark zugenommen. Die Partei, die es versteht, diesen Teil der Bevölkerung und seine Ansichten in ihren Gesetzesvor-schlägen zu berücksichtigen und effektiv zu kommunizieren, wird in die Präsi-dentschaftswahlen mit guten Erfolgsaus-sichten gehen.

Themen - Iraq!

Die Demokraten haben es erfolgreich geschafft, die Zwischenwahlen des vergan-genen Jahres in ein nationales Referendum über den Präsidenten und seine Irak-Politik zu machen. Auch wenn die Republikanischen Kandidaten versuchten, die Wahlen in Ab-stimmungen zu lokalen Themen zu verwan-deln und den Fokus besonders auf die persönlichen Unterschiede zwischen den antretenden Kandidaten zu richten, blieb ihnen der Erfolg versagt.[1] Am Wahltag äußerten sich die Wähler in Umfragen klar und deutlich: für 60 Prozent der Befragten waren nationale Themen für die Stimmab-gabe entscheidend, während nur für 34 Prozent lokale Themen den Vorrang hatten.

Unter den nationalen Themen, die als "sehr wichtig" in den Umfragen nach Verlassen des Wahllokals genannt wurden, rangierte "Korruption" mit 41 Prozent vor "Terrorismus" und der "Wirtschaft" mit jeweils 39 Prozent. Der Irakkrieg wurde nur von 36 Prozent als "sehr wichtig" bezeichnet. [2] Jedoch wurden die Befragten nicht "gezwungen" sich für ein Themengebiet als Schwerpunkt zu entscheiden, was die sta-tistische Bedeutung Iraks in den Umfragen verminderte. Auch wenn diese *exit polls* auf eine Vielzahl von ausschlaggebenden The-men hinweisen, sind sich die meisten Beob-achter daher einig, daß der Irakkrieg das Hauptthema der Zwischenwahlen war.[3]

Ausmaße - Welle?

Die Demokraten ließen nicht viel Zeit vergehen, bis sie den Wahlsieg als das Ende der konservativen Ära bezeichneten. Nach 12 Jahren in der Minderheit konnten die De-mokraten zum ersten Mal wieder Mehrheiten in beiden Abgeordneten-häusern

erringen. Die Demokraten benötigten 15 Sitzgewinne im Abgeordnetenhaus und sechs im Senat, um dies zu erreichen. Gegen die meisten Prognosen erhielten sie im Novem-ber nicht nur sogar 30 neue Abgeordneten-sitze, sondern auch alle sechs heiss

Unabhängige Beobachter sehen das Wahlergebnis nicht unbedingt als Bestätigung des Kurses der Demokratischen Partei...

Ausmaße - Welle?

umkämpften Senatsposten. Die Republikaner versuchten ihre Niederlage zu relativieren, indem sie darauf hinwiesen, daß die Partei des Präsidenten in den 14 Zwischenwahlen seit 1950 durchschnittlich drei Sitze im Senat verloren hat und daß dieser Verlust in den Zwischenwahlen während einer zweiten Amtszeit sogar durchschnittlich auf sechs Sitze anstieg. Im Abgeordnetenhaus betrug der Verluste in den Zwischenwahlen einer zweiten Amtszeit im Durchschnitt 32 Sitze, wobei diese Einbußen während eines Krieges auf durchschnittlich 8 Senatsitze und 47 Abgeordnetenhausposten anstieg.[4]

Unabhängige Beobachter sehen das Wahlergebnis nicht unbedingt als Bestätigung des Kurses der Demokratischen Partei, sondern als Protestwahl in Richtung Washington und Äußerung eines Reformbedürfnisses, das die

Demokraten erfolgreich bedient haben. Innerhalb der letzten sechs Jahren war man damit in politischen Kreisen von einer Debatte über die Polarisierung der Nation und von Prognosen über die bevorstehende Manifestierung einer nachhaltigen Republikanischen Mehrheit zu einer Diskussion über einen möglichen Demokratischen Gegenschlag in den letzten Zwischenwahlen gekommen.[5] E.J. Dionne von der *Brookings Institution* bezeichnete dann auch die Wahlen schlichtweg als "transformativ," da mittlerweile die Forderungen nach einem Rückzug aus dem Irak in der Öffentlichkeit nicht mehr mit dem Vorwurf des "cutting and running" verknüpft würden, sondern im Gegenteil die Befürworter einer Truppenaufstockung die Beweislast eines Nutzens zu tragen hätten.[6]

Go West Dems!

Wenn man die Fakten betrachtet, kommt man nicht umhin, den Demokraten einen umfassenden Sieg zu bescheinigen. Sie konnten auf nationaler als auch regionaler Ebene alle ihre amtierenden Kandidaten erfolgreich verteidigen und gleichzeitig aggressiv Mandate in neuen Regionen erringen: Innerhalb der letzten 40 Jahre sind die Südstaaten von einer mehrheitlich den Demokraten zugeneigten Region zu einer Bastion der Republikaner geworden. Im selben Zeitraum konnten die Demokraten dafür ihre Position im Nordosten der USA ausbauen. Der Westen und Mittwesten der USA sind währenddessen in ihren Parteivorlieben relativ ausgewogen geblieben und haben jetzt das Potential, zu Wechselregionen zu werden.

Die Demokraten konnten in diesen Zwischenwahlen erfolgreich ihre Vorherrschaft im Nordosten der USA mit 11 Sitzgewinnen im Ab-

geordnetenhaus ausbauen. Brückenköpfe konnten mit 10 Sitzgewinnen im Mittwesten und 4 im Westen etabliert werden, wobei am Südstaatenrand 5 zusätzliche Sitzgewinne erzielt wurden. Über einen längeren Zeitraum betrachtet läßt sich feststellen, daß die acht westlichen Bundesstaaten in der Region der Rocky Mountains im Jahr 1996 18 Republikaner und 4 Demokraten als Kongreßabgeordnete nach Washington entsandten. In diesem Jahr werden es 11 Demokraten und 15 Republikaner im Unterhaus sein, die aus diesen Staaten kommen.[7] Die Demokraten hoffen nun auf eine aggressive Expansion in den Westen, Mittwesten und Süden der USA, wobei insbesondere die Bundesstaaten Arizona, Arkansas, Montana, New Mexico, Ohio und Virginia als „Zielgebiete“ zu nennen sind.[8]

Dixieland - Republican Bastion

Auch wenn die Demokraten in den Westen "vorgezogen" sind, so blieb der "Deep South" auch weiterhin fest in Republikanischen Händen. Zwar gab es Erfolge an den Rändern - bei der Senatswahl in Virginia und einer Reihe von Abgeordnetenhausposten in North Carolina, Florida und Texas, jedoch blieben Georgia, Alabama und Mississippi weiterhin von den Republikanern dominiert. Damit sind diese aber zu einer Partei des Südens geworden, wobei die Gefahr besteht, daß sie langfristig mit konservativen Kandidaten aus dem Süden nicht attraktiv genug für gemäßigte Wähler in anderen Bundesstaaten sein werden. Die *exit polls* zeigten bereits, daß

nur 36 Prozent der weißen Wähler in den Südstaaten für Demokratische Unterhausabgeordnete stimmten, wogegen 58 Prozent der weißen Wähler im Nordosten einem Demokraten ihre Stimme gaben.[9] Eine große Chance sehen die Republikaner möglicherweise in Schwarzeneggers überwältigender Wiederwahl als Gouverneur von Kalifornien. Ein gemäßigter konservativer Präsidentschaftskandidat könnte eventuell Kalifornien mit seinen 55 Wahlmänner-Stimmen für sich gewinnen und damit die Verluste in anderen Regionen im Jahr 2008 verringern oder ausgleichen.[10]

Dean - "Rumsfeldian Failure" or Bold Strategist?

Howard Deans kostspielige Strategie einer langfristigen Reaktivierung von Demokratischen Netzwerken in allen "blauen" und "roten" Bundesstaaten hat begonnen sich teilweise auszuzahlen. Es wird sich jedoch frühestens in den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2008 feststellen lassen, ob die Demokraten tatsächlich an die ersten erzielten Erfolge in diesen Regionen anknüpfen können, da sie 2006 von einer langen Reihe an nationalen Faktoren profitierten, die ihnen einen in dieser Konstellation wahrscheinlich nicht wiederkehrenden erheblichen Rückenwind beschert hatten.[11]

Nichtsdestotrotz kam es schnell zu ernsthafter Kritik aus den Reihen Demokratischer Strategen, insbesondere seitens James Carville und Stan Greenberg, die der Auffassung waren, daß der Wahlsieg wesentlich größer hätte ausfallen können: Wenn Howard Dean mehr finanzielle Mittel für den Wahlkampf in den heiß umkämpften Bezirken bereitgestellt hätte, statt diese Gelder gleichmäßig über das Land hinweg zu verteilen, dann hätten die Demokraten bis zu 40 und nicht nur 29 Sitze

gewinnen können.[12] Laut Carville und Greenberg gab es insgesamt 24 Republikanische Kandidaten, die mit 51 Prozent der Stimmen (oder noch knapper) gewannen. Erhöhte finanzielle Zuwendungen kurz vor der Wahl seitens des DNC hätten dazu führen können, daß eine Reihe dieser Posten Teil der Demokratischen Mehrheit geworden wäre.

Charlie Cook sah die Situation in einem ähnlichen Licht, meinte jedoch, daß das National Republican Congressional Committee seine \$60 Millionen sehr effektiv eingesetzt habe, um noch größeren Schaden von den Republikanern im Abgeordnetenhaus abzuwenden. Wenn Republikanische Kollegen im Senat auf eine ähnlich erfolgreiche Art und Weise kooperiert hätten, wie ihre Parteimitglieder im Abgeordnetenhaus, dann wäre die Republikanische Mehrheit im Senat vielleicht noch intakt, wenn nicht sogar um einen oder zwei Sitze größer, so Cook.[13]

*Demokratische
Wahlkampfstrategen
James Carville und
Stan Greenberg: der
Wahlsieg hätte
wesentlich größer
ausfallen können...*

On Gaps

God Gap I: Im Jahr 2000 waren Muslime noch feste Partner von Präsident Bush. In diesem Wahlkampf jedoch hat eine wachsende Mehrheit der Muslime wieder für die Demokraten gestimmt und damit direkt dazu beigetragen, die Mehrheit im Senat zu erreichen. Allein in Virginia haben die Anstrengungen muslimischer Gruppen, ihre Glaubensgenossen zu den Wahlurnen zu bringen, zu mehr als 50,000 Stimmabgaben geführt, von denen knapp 92 Prozent oder 47,092 auf den Demokratischen Senatskandidaten Jim Webb entfielen. Die Wahl wurde mit einem Stimmentvorsprung von 9,326 Stimmen für Webb und gegen den amtierenden Senator George Allen entschieden.[14] In den letzten Jahren ist die Wahlbeteiligung der insgesamt 2.2 Millionen registrierten muslimischen Wähler in den USA stetig gestiegen: im Jahr 2000 wählten nur 40 Prozent der registrierten muslimischen Wahlberechtigten, vier Jahre später waren es 84 Prozent. In diesem Jahr konzentrierten sich die entsprechenden Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung muslimischer Wähler auf 30 Wahlbezirke in 11 Bundesstaaten.[15]

God Gap II: Die Demokraten konnten ihren Anteil an der "religious vote" wieder verbessern. Der Vorsprung der Republikaner wurde auf 12 Prozentpunkte verringert, wobei dieser im Jahr 2004 noch 18 Prozent und 2002 sogar 22 Prozent betrug. Den Demokraten nicht ablehnend gegenüberstehende religiöse Wähler räumten ein, daß die anhaltende Umwerbung seitens der Demokraten seit 2004 ihre Wirkung gezeigt habe. Gläubige Konservative jedoch wiesen darauf hin, daß die Republikaner in erster Linie Stimmen verloren hätten - was nicht bedeuten müsste, daß diese zu den Demokraten gewechselt seien - und der Vorsprung sich deswegen verringert habe.[16] Howard Dean erklärte den bis zu 33 Prozent- Stimmenanteil

unter weißen christlichen Evangelen mit seinem aggressiven Aufkauf der freien Werbesendezeit auf christlichen Radiostationen, in der dann in den Wochen vor den Wahlen Demokratische Werte propagiert wurden. Laut Dean wurde dafür der jeweilige regionale Wetterberichtsansager rekrutiert, da dieser in der Regel die größte Glaubwürdigkeit besaß, was, nebenbei gesagt, für die Qualität der Wettervorhersage spricht.[17]

Unions: Die Anstrengungen der Gewerkschaften, ihre Mitglieder zum Wahlgang für Demokratische Kandidaten zu bewegen, wurde ebenfalls mit Erfolg belohnt. Am Wahltag wählten 68 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die Demokraten. Diese Stimmen waren insbesondere in Missouri wichtig, wo immerhin 74 Prozent der befragten AFL-CIO Gewerkschaftsmitglieder für die Demokraten stimmten. Die regionalen Abstimmungsverhältnisse spielten auch eine Rolle in den wichtigen Bundesstaaten Ohio, Pennsylvania und Minnesota, wo die Gewerkschaftsmitglieder mit 70 bis 73 Prozent für die Demokraten stimmten und damit über dem Landesdurchschnitt lagen. [18]

Hispanics: In früheren Wahlkämpfen waren es die Demokraten, die das Thema der Einwanderung suchten, um ihren Rückhalt unter der stark wachsenden Bevölkerungsgruppe der "hispanics" zu entwickeln. Im letzten Jahr jedoch wurde das Thema von den Demokraten auch eingesetzt, um Stimmen unter der nicht-hispanischen Bevölkerung zu sammeln: anstatt die Lage und Probleme der illegalen Einwanderer darzustellen, gingen die Demokraten auf die Besorgnisse der Steuerzahler ein und den Vorrang der Rechtmäßigkeit. Auf diese Weise forderten sie einerseits eine praktisch umsetzbare Lösung für die Illegalen im Lande,

On Gaps II

die aber auch eine finanzielle Strafe bezahlen sollten, während sie gleichzeitig besseren Grenzschutz forderten und Präsident Bush dafür kritisierten, das Land nicht ausreichend zu sichern. Am Wahltag zahlte sich diese Doppel-Strategie für die Demokraten aus, welche ihren Stimmenvorteil bei den Hispanics von 11 auf 39 Prozent ausbauen konnten, während sie den Republikanischen Stimmenvorteil bei den Weissen von 15 auf 4 Prozentpunkte verringern konnten. Diese drastische Abnahme von lateinamerikanischen Stimmen für die Republikaner ist langfristig gefährlich für die Partei, da diese Bevölkerungsgruppe die am stärksten wachsende Minderheit ist. Momentan macht sie bereits 10 Prozent der Bevölkerung in 11 der 28 Wahlbezirke aus, die in den Zwischenwahlen von den Republikanern nicht verteidigt werden konnten.[19] Die Wahlbeteiligung der lateinamerikanischen Bürger war allerdings nicht, wie von einigen Beobachtern erwartet, stark gewachsen. Mit einem Anteil von knapp 8 Prozent an der wählenden Bevölkerung 2006 wuchs ihre Wahlbeteiligung nur wenig im Vergleich zu 2002.[20]

Marriage: Familien und vor allem verheiratete Frauen haben in der Vergangenheit traditionell eher für Republikanische Kandidaten gestimmt, zum Teil aufgrund des Eindrucks, daß die Demokraten der Familienpolitik nicht die gleiche Aufmerksamkeit widmen wie die Republikaner. Die Demokraten dagegen fanden früher Unterstützung hauptsächlich in den Reihen derer, die (noch) nicht verheiratet waren. Die Republikaner vertraten vor den Zwischenwahlen 49 der 50 Wahlbezirke mit der höchsten Rate von Ehepaaren, während die Demokraten vor den Zwischenwahlen die 50 Wahlbezirke mit der höchsten Rate der Unverheirateten inne hatten.[21] Die Demokraten konnten

allerdings in diesem Wahlkampf ihre Wählerschaft unter Familien erhöhen: nur noch 50 Prozent der Familien stimmten für einen Republikanischen Kandidaten und 48 Prozent für einen Demokraten.[22]

Gender: Frauen verhalfen den Demokraten in diesem Wahlkampf ebenfalls zur Mehrheit: im Senatswahlkampf in Virginia wählten 55 Prozent der Frauen den Demokraten Jim Webb, während nur 45 Prozent der Männer ihn bevorzugten. In Montana entschlossen sich 52 Prozent der weiblichen Wähler für den Demokratischen Kandidaten Jon Tester, den nur 48% Prozent der männlichen Bevölkerung favorisierten. Ähnlich ausgeprägte Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen Frauen und Männern konnte man auch in Missouri, Minnesota, Maryland und New Jersey ausmachen. Landesweit lag der Unterschied bei 5 Prozentpunkten: 55 Prozent der Frauen wählten einen Demokratischen Kandidaten, während nur 50 Prozent der Männer die Demokraten bevorzugten.[23]

Class: Die Demokraten können ihre Führung auch unter den wohlhabenden Vorstadtbewohnern ausbauen, die 47 Prozent der Wähler stellen.[24] Zum ersten Mal seit Clintons Wahl 1992 wählten die *suburbs* Einwohner mit einem Jahreseinkommen zwischen \$50,000 und \$100,000 mit 51 Prozent mehrheitlich Demokratische Kandidaten.[25] Laut den Beratern der Gruppe *Third Way* haben die Demokraten in diesem Wahlzyklus aber auch die generelle Einkommensgrenze anheben können, ab welcher die Wähler mehrheitlich für die Republikaner stimmen: im Jahr 2004 verbesserten sich die Chancen, daß ein Wähler für die Republikaner stimmte, sobald sein jährliches Einkommen \$23,700 erreichte. In diesem Jahr liegt dieser Einkommenswert bei \$39,000 da die Demokraten ihre Politik besser an die Bedürfnisse der Mittelklasse anpassten, so *Third Way*. [26]

Revenge of the moderates'n independents

Es ist hauptsächlich diese Gruppe der unabhängigen und gemäßigten Wähler, denen die Demokraten ihren Wahlsieg zu verdanken haben.

Der Meinungsforscher Präsident Bushs, Matthew Dowd, kam kurz nach der Wahl 2000 zu dem Schluß, daß die Zahl der unabhängigen Wähler seit 1988 von 16 Prozent auf 7 Prozent gesunken war und es daher immer wichtiger werden würde, die Parteilbasis zum Wahlgang zu animieren. Dies führte zu einer Regierungsweise, die hauptsächlich den konservativen Rand der Republikaner bediente, und nicht zu einer überparteilichen, auf die Mitte der Gesellschaft gerichteten Politik, was Präsident Bush sowohl 2002 und 2004 Republikanische Wahlsiege einbrachte.

Im vergangenen November jedoch machte der Bestandteil der unabhängigen Wähler 26 Prozent aus, die in einem Verhältnis von fast 2 zu 1 für die Demokraten bzw. gegen die Republikaner stimmten (59 zu 37 Prozent). Diese Werte illustrieren einen wachsenden Vorteil der Demokraten: im Vergleich zu 2002 und 2004 hat sich ihr Vorsprung um 9 bzw. 8 Prozentpunkte bei den unabhängigen Wählern verbessert. Ein ähnliches Bild offenbart sich bei der Analyse der Selbsteinschätzung der Wähler in die drei Gruppen der "Liberalen," "Gemäßigten" und

"Konservativen." Die Gruppe der Gemäßigten stellte 47 Prozent der gesamten Wählerschaft, wobei sie mit 62 Prozent für Demokratische und mit 36 Prozent für Republikanische Kandidaten votierten. Damit verbesserte sich der Demokratische Vorsprung auf die Republikaner auf 9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2002 und auf 8 in Bezug auf die Ergebnisse von 2004.[27]

Es ist hauptsächlich diese Gruppe der unabhängigen und gemäßigten Wähler, denen die Demokraten ihren Wahlsieg zu verdanken haben. Andererseits haben die Demokraten es aber auch gerade dieser Gruppe einfach gemacht, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen und Demokratische Kandidaten zu wählen: das Democratic Congressional Campaign Committee hat darauf geachtet, daß die von ihm geförderten Kandidaten in "Brückenkopf"-Wahlbezirken den nationalen Demokratischen "Lackmustest" nicht unbedingt bestehen mussten.[28] Daher sind die Ränge der "Blue Dogs", die Arbeitgebern freundlich gesinnt, sozial konservativ und dabei auf einen ausgeglichenen Haushalt bedacht sind, um neun auf 44 Mitglieder gewachsen.[29]

Fazit?

Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2008 haben sich die Erfolgsaussichten der Demokraten wesentlich verbessert. Auch wenn das Ergebnis der Zwischenwahlen kein direktes Mandat war, so ist es doch eine Chance für die Demokraten (und Republikaner), sich selbst und insbesondere die Form der politischen Zusammenarbeit in Washington, D.C. neu zu definieren.

Dabei wird viel davon abhängen, ob es den Demokraten gelingt, auch in der Zukunft eine Partei zu sein, der die Bevölkerung in Fragen der Nationalen Sicherheit vertraut. Wenn dieses Vertrauen dann auch auf das Thema Energiesicherheit und wirtschaftlichen Sicherheit ausgeweitet wer-

den kann, dann haben die Demokraten gute Chancen gerade die wichtige Bevölkerungsgruppe der gemäßigten und unabhängigen Wähler ansprechen zu können. Allerdings setzen die Themen der nationalen und wirtschaftlichen Sicherheit eine schwierige über- und innerparteiliche Auseinandersetzung zum Irakkrieg und zu den Vor- und Nachteilen des globalen Freihandels voraus.

Die Republikaner haben bereits begonnen, öffentlich eine Rückkehr und Besinnung auf ihre eigentlichen Werte zu fordern, welche sie in den letzten Jahren in den Augen der Wähler vernachlässigt hatten. Die Tatsache jedoch, daß die Gewinne der Demokraten im Westen und Mittwesten der USA nicht per-

Fazit?

manenter Natur sein müssen, da sie nur durch eine Kombination nationaler Fehler seitens der Republikaner und geschickt positionierter Demokratischer Kandidaten entstanden sind, bedeutet, daß ein zu "Demokratisches" Abstimmungsverhalten der konservativen Demokraten im Kongress von diesen Wahlbezirken schnell wieder im nächsten Wahlzyklus bestraft werden kann. Diese Möglichkeit gilt es zu nutzen, um zu verhindern, daß die Republikaner ausschließlich eine Partei der Südstaaten werden, die es nicht mehr vermag, gemäßigte und unabhängige Wähler in anderen Regionen für sich zu gewinnen.

Angesichts dieses Szenarios präsentiert sich der Wahlerfolg Arnold Schwarzeneggers in Kalifornien möglicherweise als richtungweisend für die Republikaner. Nachdem Schwarzenegger in den ersten Jahren seiner Amtszeit eine ähnlich spaltende Politik wie das Weiße Haus betrieb, erhielt er im November 2005

anläßlich einer Reihe verlorener Volksabstimmungen die Quittung für diese Regierungsweise. Daraufhin wechselte er seine Strategie und regierte auf einer überparteilichen Basis zusammen mit den Demokraten in Sacramento. Im vorigen November wurde Gouverneur Schwarzenegger dann mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Zwar läßt sich seine Strategie in Kalifornien nicht unbedingt direkt auf die gesamte USA übertragen, jedoch sollte ihr Erfolg den konservativen Wahlstrategen zu denken geben und sie die Vorteile einer politischen Zusammenarbeit sehen lassen. Allerdings wird sich bei eventuellen "Annäherungsversuchen" zwischen den beiden Parteien die stark verminderte Zahl der gemäßigten Republikaner schnell bemerklich machen. Ob die erweiterten Ränge der "Blue Dogs" Demokraten dies ausgleichen werden, bleibt zu sehen.

Ist der Wahlerfolg des überparteilich regierenden Arnold Schwarzeneggers in Kalifornien möglicherweise richtungweisend für die Republikaner?

Fußnoten

[1] Baker und VandeHei, *Washington Post*, November 8, 2006 und Stephanopoulos, ABC News, November 7, 2006 und Toner, *New York Times*, November 8, 2006 und Will, ABC News November 7, 2006.

[2] AEI Election Watch 2006, November 9, 2006.

[3] Will, *Newsweek*, November 20, 2006 und Klein, *Time*, November 20, 2006 und Zuckerman, *U.S. News and World Report*, November 20, 2006.

[4] AEI Election Watch 2006, September 2006 und Goldfarb, *Washington Post*, November 13, 2006 und Kondracke, *Roll Call*, November 9, 2006.

[5] Balz, *Washington Post*, November 13, 2006.

[6] Dionne, *Washington Post*, December 18, 2006.

[7] *Salt Lake Tribune*, November 19, 2006.

[8] Brownstein, *Los Angeles Times*, November 9, 2006.

[9] Ward, *Financial Times*, November 14, 2006.

[10] Brownstein, *Los Angeles Times*, November 19, 2006.

[11] *Salt Lake Tribune*, November 19, 2006.

[12] Cook, *Christian Science Monitor*, November 16, 2006 und Nagourney, *New York Times*, November 16, 2006.

[13] Cook, *Government Executive Magazine*, November 14, 2006.

[14] Pfeiffer, *Washington Times*, November 14, 2006.

[15] Boorstein, *Washington Post*, September 29, 2006.

[16] Cooperman, *Washington Post*, November 11, 2006.

[17] Bedard, *U.S. News and World Report*, November 20, 2006.

[18] Heaster, *Kansas City Star*, November 14, 2006.

[19] Kiely, *USA Today*, November 10, 2006.

[20] Treviso, *USA Today*, November 10, 2006 und AEI Election Watch, December 2006 und Fears, *Washington Post*, November 18, 2006.

[21] Cauchon, *USA Today*, September 27, 2006.

[22] Wetzstein, *Washington Times*, November 16, 2006 und AEI Election Watch, December 2006.

[23] AEI Election Watch, December 2006 und Center for American Women in Politics Election Watch, November 2006 und Wetzstein, *Washington Times*, November 14, 2006.

[24] O'Toole, *Pittsburgh Post-Gazette*, November 9, 2006.

[25] Harwood, *Wall Street Journal*, November 17, 2006.

[26] Nather, *CQ Weekly*, December 1, 2006.

[27] Kondracke, *Roll Call*, November 9, 2006.

[28] Vor allem "pro choice" und "anti-gun" Gesetzgebung.

[29] Powers, *USA Today*, November 15, 2006 und Abrams, Associated Press, November 16, 2006 und Yachnin und Davis, *Roll Call*, November 16, 2006.

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
WASHINGTON, D.C.**

2005 Massachusetts Avenue NW

Washington, D.C. 20036

Phone: 1-202-464-5840

Fax: 1-202-464-5848

<http://www.kasusa.org>